

Kölner Erwerbslosen-Anzeiger

Engagierte Zeitung von Erwerbslosen für Erwerbslose und solche, die es werden könnten

Wir zahlen nicht für eure Krise!

Aktionstag am 17. September 2009. Im März protestierten 55.000 Menschen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“, im Mai demonstrierten über 100.000 Menschen.

Sie demonstrierten für ein soziales Europa und dafür, dass die Reichen und Profiteure der Krise sie auch bezahlen. Im Juni streikten über 250.000 SchülerInnen und Studierende, ErzieherInnen und Beschäftigte im sozialen Bereich teils gemeinsam für eine Verbesserung der Lern- und Arbeitsbedingungen.

Bundesweite Bündnisse
Seitdem hat sich in Köln wie an vielen anderen Orten auch ein breites Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ gebildet. Nach den Kommunalwahlen geht es zunächst konkret darum, sich gegen die drohenden Sparpakete zu wehren. Es wird keine betrieblichen Lösungen der Krise und keinen Ausweg durch Verzicht geben.

Wut und Unzufriedenheit
Stattdessen ist es nötig (auch im Hinblick auf die Bundestagswahl), die Wut und Unzufriedenheit durch breite Proteste öffentlich zu machen und solidarisch für eine echte Krisenüberwindung, die menschliche Bedürfnisse statt Profite zum Maßstab macht, zu kämpfen.

Es geht weiter

Unser Protest geht weiter — gemeinsam und entschlossen in lokalen Bündnissen.

In Köln wie in zahlreichen anderen Städten werden am 17. September diese Proteste mit weiteren Aktionen ihre Fortsetzung finden. Bündnis 17.9.2009

Aktionen in Köln am Donnerstag, 17.9.:

9 Uhr: „Zahltag“ vor der Agentur für Arbeit, Luxemburger Str. 121

11 Uhr: Demonstration mit Traktor und geschmücktem Zirkusanhänger von der Arbeitsagentur durch die Stadt über die Deutzer Brücke nach Porz. Solidaritätsaktion um 12.30 Uhr am Flughafen und um 13.30 Uhr beim Motorenwerk Deutz AG, Ottostr. 1.

Es geht um Betriebe, die von Kurzarbeit betroffen und deren Belegschaft angesichts der Krise von Entlassungen oder Lohneinbußen bedroht sind. Der Umzug wird von Radfahrern begleitet.

16.00 Uhr: Kundgebung auf dem Offenbachplatz

16.30 Uhr: Fortsetzung der Demonstration über die Ringe bis zum Rudolfplatz mit Zwischenhalten an mehreren Bankhäusern, bei denen über die Ursachen und Verantwortlichkeiten der kapitalistischen Krise aufgeklärt wird.

Impressum

Herausgeber:



Die KEAs
Kölner Erwerbslose
in Aktion e.V.

Redaktion:
Kölner Erwerbslosen Anzeiger
Steprathstr. 11, 51103 Köln
info@die-keas.org
www.die-keas.org

Der Kölner Erwerbslosen-Anzeiger erscheint monatlich im Selbstverlag. Redaktion: Antje Löschke (dru, Chefredakteurin), HP Fischer (hpf), H. Naumann (nau), J. Lubig (jlk). Redaktionsschluß: Eine Woche vor Monatsende.

Bezugsquellen

Wir verteilen den KEA vor der Arbeitsagentur Luxemburger Str. und anderen Agenturen/ARGEn. Zudem liegt der KEA u.a. hier aus:

Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9a (Kalk)

Berichte / Briefe

Ihr habt etwas Unglaubliches in der ArGe oder der Agentur erlebt? Ihr wolltet schon immer mal die Presse einschalten, doch die Presse ignoriert Euch? Schreibt uns per Email oder Post. Adressen siehe oben.

Offenes Treffen

Jeden Donnerstag veranstalten wir ein offenes Treffen für Interessierte: Beginn: 17:00 Uhr pm Naturfreundehaus, Kapellenstr. 9a (Kalk).

Es geht auch ohne 1-€-Jobs!

SSK - Sozialistische Selbsthilfe Köln

Salierring 37/41 (nähe Barbarossapl.) Tel. Köln 21 31 75. Gebrauchtmöbel und Trödeladen Di-Fr 10-13 Uhr und 14-18 Uhr. Sa 11-14 Uhr (nur Möbellager).

www.sozialistischeselbsthilfekeoeln.de

Etwas Schöneres als die Krise finden wir überall

Lohnverzicht? Gürtel enger schnallen? Zähne zusammenbeißen? Es reicht! Wir haben genug von Arbeitshetze und der Angst vor Arbeitsplatzverlust, von Zwang und Kontrolle, vom Aussortieren und Selbstdisziplinieren – sei es durch Studiengebühren, Kopfnoten an der Schule, Beurteilung und Überwachung durch Arbeitsagentur, Politik oder Management. Wir haben genug vom alltäglichen „Jeder gegen Jeden“, von den Angriffen auf unsere Selbstbestimmung und unsere Würde.

Es ist gar nicht so schwierig, sich zusammenzutun und sich gemeinsam zu wehren. Wir von „Zahltag!“ setzen häufig unsere Rechte gegen Zumutungen und Schikanen an Kölner ARGEn durch. Bei unseren „Zahltagen“ begleiten wir uns gegenseitig ins Amt. Denn es macht einen entscheidenden Unterschied, ob wir einzeln vorsprechen oder uns entschlossen zusammen tun. Gemeinsam signalisieren wir: Euren Gesetzen und eurer Macht, diese gegen uns auszulegen, setzen wir unsere Empörung, unsere Wut und unsere Entschlossenheit entgegen. Wir wollen nicht länger gefügig sein, uns unterordnen und eure Zumutungen hinnehmen, wir wollen uns nicht länger in unseren Rechten beschneiden lassen.

Gehorsam, Genügsamkeit, Geduld Angesichts der Krise werden wir in allen Lebensbereichen – von der Schule über den Job bis ins Arbeitsamt – zu Gehorsam, Genügsamkeit und der Geduld von Opferlammern genötigt. Aber wir wehren uns gegen die alltägliche Erpressung. Diese Methode entwickelt sich zur Norm. Wir begegnen ihr immer wieder. Das Abschieben von Hartz IV- EmpfängerInnen in verschiedene Maßnahmen, angefangen bei Eingliederungs„vereinbarungen“, über deren Inhalte wir nicht selber zu bestimmen haben, über verschiedene Trainingsmaßnahmen – häufig ohne Sinn und Verstand, zur Verschickung in einen 1-Euro-Job und andere Schikanen mehr – das alles wird unter Androhung der Kürzung oder sogar Streichung des Geldes erzwungen. Wir nennen das Erpressung. Es ähnelt den Methoden, mit denen ArbeiterInnen zu Lohnverzicht genötigt werden, vorgeblich, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Bei Hartz IV ist das Prinzip Erpressung bereits Gesetz. Es steht als permanente Drohung im Raum. Denn man könnte bald zu den „Überflüssigen“ in dieser Konkurrenz-Gesellschaft gehören, denen das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe und ein würdiges Leben genommen wird.

Gefügigkeit und Lohnarbeit Voraussetzungen für Menschenrechte?

Mit dem Begriff Erpressung lässt sich das gesellschaftliche Klima beschrei-

ben, in dem uns permanent bedeutet wird, dass wir etwas zu verlieren haben. Die „Erfordernisse des Marktes“, insbesondere des „Arbeitsmarktes“, sollen uns gefügig machen. Wir sollen uns selbst zur Ware machen. Wer keine Arbeit hat, soll auch nicht essen – schon gar nicht, was er will. Dieses Muster zeigen auch die Bestimmungen des Zuwanderungsgesetzes: Wer bisher in Deutschland geduldet war, aber bis zum Ende des Jahres keinen Arbeitsplatz vorweisen kann, verliert sein Aufenthaltsrecht. Ohne Job droht die Abschiebung, so einfach ist das. Wir wollen aber nicht länger hinnehmen, dass Gefügigkeit und Lohnarbeit Voraussetzungen für Menschenrechte sein sollen, für das Recht, über sich selbst, über sein Leben und das Wie und Wo der eigenen Existenz zu bestimmen.

Gegenwehr

Gemeinsame Gegenwehr: das ist die angemessene Antwort auf diese Zumutungen. Wir beharren auf unserer Würde. Wir wollen Respekt, wo auch immer – an der ArGe, am Ausbildungs- und Arbeitsplatz, in der Schule oder auf dem Ausländeramt.

Kämpft gemeinsam!

Wir wollen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden – diejenigen, die noch einen Arbeitsplatz haben, die, denen in Auffanggesellschaften noch Aufschub gewährt wird, die, die sich – beharrlich und phantasievoll – gegen Entlassungen wehren, gegen Schikanen auf den Arbeitsämtern, im 1-Euro-Job oder im Abschiebegefängnis – überhaupt im täglichen Kampf ums Überleben. Lasst uns gemeinsam kämpfen: für bessere Arbeitsbedingungen, für Zugang zu Bildung und selbstbestimmtem Lernen für Alle, für bessere Lebensbedingungen von Erwerbslosen, Flüchtlingen und allen anderen, die zu Überflüssigen erklärt werden! Für das Recht auf saubere Luft, auf sauberes Wasser und auf eine Erde und Meere, die in der Zukunft wieder Lebensraum und Nahrung für Alle bieten können.

Bündnis 17.9.2009

Wie man die ARGE überleben kann

Wir haben uns gedacht, es wäre an der Zeit ein paar grundsätzliche Verhaltensweisen zusammen zu stellen, wie man ohne größeren Schaden den Aufenthalt bei der ARGE beeinflussen kann. Wir sind keine Opfer dieses Systems sondern Bestandteil davon. Hier also ein paar Grundregeln um seine Würde auch gegenüber der ARGE zu bewahren.

NIE ohne Beistand zur ARGE gehen.

Der Beistand muss seinen Ausweis nicht zeigen. In dem Moment, wo ihr jemanden als euren Beistand benennt, gilt das was er/sie sagt als von euch gesagt. Also gut vorher absprechen, was erreicht werden soll.

Orientierungsservice-Mitarbeiter sind auf abwimmeln eingestellt. Lasst sie nicht gewähren. Die Antragstellung kann mündlich und formlos erfolgen.

Der Antrag gilt spätestens ab eurem ersten Erscheinen bei der ARGE gestellt. Auch mündlich und auch wenn noch Unterlagen fehlen.

Eingliederungsvereinbarungen haben nur ein Ziel: Sie sollen Sanktionen gegen Euch vorbereiten. Schaut Euch den Text der Eingliederungsvereinbarung an: Dort verpflichtet sich die ARGE zu nichts, was sie nicht sowieso (auch ohne Eingliederungsvereinbarung) tun muss. Ihr habt aus dem „Vertrag“ keinerlei Vorteile. Es gibt keinen Zwang eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben.

Lasst euch immer quittieren, welche Unterlagen abgegeben wurden (Eingangsstempel). Es geht vieles verloren in der ARGE.

Ein-Euro-Jobs sind unsozial. Verweigert sie! Fragt uns, wie das geht.

Erstellt ein Gedächtnisprotokoll (Datum, Name der ARGE, Sachbearbeiter, Zeugen, Vorfall, Zitate) bei ungewöhnlichen/ ungerechtfertigten Vorfällen.

Rechtsmittel einlegen bei Verwaltungsakten. Fristen nicht vergessen!

Keine Lebensmittelgutscheine akzeptieren.

Bei akuter Mittellosigkeit so schnell wie möglich zur ARGE gehen und Bargeld sofort fordern! Hilfreich ist eventuell ein Besuch bei der Standort-/Teamleitung. Manchmal ist sehr nützlich mehr als einen Beistand mit zu nehmen. Das steht euch frei, da die Anzahl der Beistände nicht genauer definiert ist.

Bei Problemen auch ruhig die Beschwerdestelle im 10. Stock aufsuchen.

Miet- und Heizkosten müssen in voller Höhe übernommen werden!

Lasst euch nicht aus der Ruhe bringen!

Termine immer wahrnehmen, sofern man keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung vorlegen kann!

HPs Kultur-Notizen

Freie Straßenkunst oder Straftatbestand

Streng genommen ist die Verfremdung von Wahlplakaten ja Sachbeschädigung. Die Parteien haben schließlich für den Druck und das Aufstellen der Poster bezahlt. Dafür habe ich durchaus Verständnis. Aber, ihr Kollegen in den Wahlkampfzentralen, das müsst ihr zugeben: Es ist teilweise sehr gut gemacht und eine Art von Straßenkunst. Vor allem, da viele Politiker und Parteien selbst ja nicht sagen, wofür sie wirklich stehen.

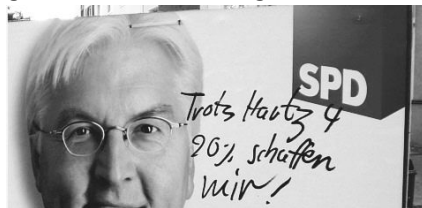


Als Wähler weiß man auch nie, ob es sich lohnt vorher ein Wahlprogramm oder gar ein Grundsatzprogramm der Parteien zu lesen. Denn wie oft kommt es nach der Wahl dann anders. Eine Künstlerin schmückte daher Wahlplakate mit folgenden Zeichnungen.



Zum Glück stehen stets die Partei-buchstaben auf den Plakaten, sonst könnte man ein interessantes Experiment machen. Rate mal, ohne bekannte Personen und Parteikürzel, wer auf diesem Plakat wirbt. Da würden viele danebenraten. Aber zurück zur Straßenkunst auf den Wahlplakaten. Unter den

Straßenkünstlern gibt es anscheinend doch einige, die sich auch mit der Programmatik oder der Vergangenheit auseinandergesetzt haben.



„Trotz Hartz 4 20% schaffen wir.“ Hier erinnert man sich daran, dass Frank-Walter Steinmeier Schröders Autor der Agenda 2010 war. Aber auch die



Opposition wird erinnert, dass sie bei den Hartz-Gesetzen mitgespielt hat und dabei zukünftige Pläne schon in der Tasche hat.

Ganz ohne fremde Hilfe kommt die Linkspartei aus, die unter anderem mit den folgenden beiden Plakaten wirbt:



Reichtum besteuern!

Infos & Hilfe

Beratungsstelle n ABC Hühnerhaus, Von-Ketteler-Str. 2, 51061 Köln-Hühnerhaus, Tel. 646641

Echo, Abendrothstr. 20-22, 50769 Köln-Seeburg, Tel. 7008703

KALZ, DGB-Haus, Hans-Böckler-Pl. 1, 2. OG., Tel. 5461074

Vingster Treff, Würzburger Str. 11a, 51103 Köln-Vingsst, Tel. 875485.

Beschwerdestelle ArGe Köln Fehleinfache ALG II-Beschleide? Probleme mit dem/der Sachbearbeiter/in? »verschundene« Untertage? keine persönliche Ansprechpartner? Hier finden Sie die Beschwerdestelle der ArGe: in der Agentur für Arbeit Luxemburger Str., 10. Stock.

Buchstabe A, D, L, R, V, Y: Frau Grevers-Pieck, Zi. 1030, Tel. 0221-9429-8381.

Buchstabe B, S, T, W, X: Herr Herzogernath, Zi. 1017, Tel. 0221-9429-8210.

Buchstabe C, E-K, U, Z: Herr Gottschlich, Tel. 0221-9429-8378, Zi. 1001.

Kölner Montagsdemo Jeden Montag 18:00 vor dem Dom.

Abkürzungen
ALG-II: Arbeitslosengeld II (auch Hartz-IV genannt) • ArGe: Arbeitsgemeinschaft zwischen der Gemeinde und der Arbeitsagentur • Az: Aztenzeichen • BA: Bundesagentur für Arbeit • BSG oder BsozG: Bundessozialgericht • BT-Drucksache: Bundestags-Drucksache • DiMa: Disability Management der ARGE [Disability = Behinderung] • KEA: Kölner Erwerbslosen-Anzeiger • Die KEAs e.V.: Kölner Erwerbslose in Aktion e.V. • PAP: Persönlicher Ansprechpartner • SGB: Sozialgesetzbuch

Ärger mit der ARGE?



Die KEAs bieten jeden Mittwoch von 11:00 bis 14:00 im Rahmen ihrer Selbsthilfe eine Hartz-IV-Beratung an. Diese findet statt in den Räumen des Naturfreundehauses Kalk in der Kapellenstr. 9a Kalk (U »Kalk Kapelle«, Linien 1; 9 und 159).

Boxenstopp für 1-Euro-Jobs

Kein Geld für Ein-Euro-Jobber • Grüne bedauern Rückgang der Sklavenarbeit

Im Zusammenhang mit einer finanziellen Schieflage des Haushaltes der ARGE Köln, musste diese notgedrungen über einen Zeitraum von drei Monaten die Vergabe von 1-Euro-Jobs u.a. so genannten „Trainingsmaßnahmen“ stark zurückfahren. Kleine Maßnahmeträger sind von derlei Personal-Kürzungen besonders betroffen, wenn ausschließlich jene kostenfreien Arbeiter die Geschäfte des Trägers erst ermöglichen. „Jack in the Box“ - ein in Köln Ehrenfeld ansässiges Projekt – ist so ein kleiner Träger. Neben zwei Festangestellten und einigen geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern, leistet sich jener gemeinnützige Verein sage und schreibe 41 Ein-Euro-Jobber, die u.a. Baustellencontainer zu wohnlichen Jugendzentren ausbauen.

Peinliche Solidarität der Grünen

Das Wehklagen des Vereins war entsprechend groß, als die Teilnehmerzahl durch die ARGE kurzerhand halbiert wurde. Auch die Ratsfrakti-

on der Grünen forderte in einem offenen Brief die Beibehaltung aller 1-Euro-Jobs. (Der KEA berichtete.)

In der Nacht zum 4. September bekam „Jack in the Box“ Besuch von bislang unbekanntem Aktivisten, die hiernach auf der Internetplattform „Indymedia.org“ unter dem Namen „Wütende Niedriglöhner“ eine Art Bekennerschreiben veröffentlichten. Ein Ausstellungscontainer auf dem

Gelände des Maßnahmeträgers wurde mit Farbe und mit einer unmissverständlichen Aussage beschriftet:

„Boxenstopp bei Jack! Raus aus den 1-Euro-Jobs! Schluss mit Ausbeutung!“

Die Geschäftsstelle der Kölner Grünen wurde offenbar ebenfalls heimgesucht und die Fassade beschriftet.

(KEA)



ARGEn und Polizei sozial beunruhigt

Am 9. August (der KEA berichtete) kam es in der ARGE Luxemburger Str. zu einem brutalen Polizeiübergriff auf so genannte Beistände und zertifizierte Rechtsberater aus dem Spektrum der ‚Zahltag!‘ - Kampagne und den KEAs.

Damit nicht genug, wurden zwei Personen mit Hausverboten belegt, gegen weitere polizeiliche Ermittlungen eingeleitet. Scheißegal, dass das Anliegen der engagierten Begleiter völlig gerechtfertigt war und letztlich nur durch den Einsatz jener ‚Meute‘ auch zum Erfolg führte.

Auch andere Jobcenter verhängen Hausverbote

Nach der Veröffentlichung der Kölner Vorfälle erreichten dem KEA noch einige andere Beispiele, wo die ARGEn und Jobcenter offenbar gezielt mit dem Instrument „Hausverbot“ das Recht auf Beistand (§ 13, SGB X) aushebeln wollen. Das hierbei ein oder mehrere Beistände als solches abgelehnt werden, ist skandalös genug, dass der betroffene Erwerbslose dann jedoch zur Alleinverhandlung mit der ARGE genötigt werden soll, ist rechtswidrige Willkür.

Angst?

Natürlich liegt die Frage in der Luft, ob die Repressionen der Hartz-IV-Behörden gezielt Angst und Schrecken unter der sozialen Bewegung verbreiten sollen. Tatsächlich aber sind Vorfälle, wie die bereits mehrfachen, übertriebenen Polizeieinsätze in der ARGE Köln, Ausdruck für die Angst, die den ARGE-Leitern und -Mitarbeitern dort schon lange innewohnt. Auch die Gewerkschaft der Polizei fordert unter Verweis auf befürchtete „soziale Unruhen“ eine bessere Bewaffnung! Was die öffentlichen Medien tunlichst verschweigen, wird in den alternativen Medien sozialer Netzwerke offenbar und öffentlich:

Gegenwehr!

Immer mehr Menschen sind bereit, sich engagiert und solidarisch zur Wehr zu setzen, ihre Menschenwürde und ihre Rechte zu verteidigen!

Zahltag

Die Kampagne ‚Zahltag!‘, die in Köln ihren Ursprung hatte und wo es um die Solidarisierung der Betroffenen geht, fand Nachahmung in bereits 13 weiteren Städten. Ein anderer, nicht minder „beunruhigender“ Effekt ist ebenfalls zu beobachten: Die Solidarität und das Engagement lässt sich nicht mehr so leicht auf bestimmte Themen und Brennpunkte (z.B. Hartz IV) eingrenzen. Die Solidarisierung erstreckt sich auf Arbeitskämpfe in den Betrieben, für die Häftlingen in den Abschiebeknästen u.a. von Abschiebung bedrohten Menschen, über den Kampf gegen Studiengebühren, für eine andere Bildungspolitik und ein besseres Leben für alle. Es geht ums Ganze! Die Auseinandersetzung ist politisch und jeder noch so „kleine“ Schreibtischtäter muss wissen, dass er Teil jener Auseinandersetzung ist.

(KEA)

Die Saat geht auf

Vom Amt schikaniert, von anonymen „Saubermännern“ beschimpft und bedroht - Die Hartz-IV-Hetze gegen Arme trägt Früchte

Der in Nürnberg wohnende Sozialhilfeempfänger Thomas M. Müller sollte nach Ansicht des dortigen Sozialamt seine Wohnung wechseln, da seine Miete die dafür vorgesehene Obergrenze übersteigt. Um seine „Umzugstauglichkeit“ prüfen zu lassen, wurde der schwerbehinderte und chronisch kranke Mann von der Behörde zum Gesundheitsamt geschickt.

Unmenschliche Behandlung beim Arzt

Der 44-jährige fühlte sich dort aber so schlecht und unmenschlich behandelt, dass er eine weitere Zusammenarbeit mit den Amtsärzten ablehnte. Von anderen Experten wollte er sich jederzeit begutachten lassen, allerdings nicht mehr von den Medizinern im Gesundheitsamt. Daraufhin drohte das Sozialamt, die Hilfe wegen „fehlender Mitwirkung“ zum Monatsende komplett einzustellen.

Die Zeitung berichtet

Nachdem die „Nürnberger Nachrichten“ über den Fall berichteten, ist diese Drohung zwar wieder zurückgezogen worden, dafür wurden aber eine Reihe neuer Schikanen eingeleitet. Der Gang in die Öffentlichkeit brachte ihm nicht nur Solidarität und Unterstützung, sondern er sieht sich seitdem auch per E-Mail, Schreiben und Leserbriefen übelsten Pöbeleien ausgesetzt.

Öffentliche Beschimpfungen

So wurde er als „Hypochonder“, „stinkfaule fette Sau“ und „Sozialschmarotzer“ beschimpft. Ihm wurde sogar schon nahegelegt, doch Selbstmord zu begehen und falls er es nicht freiwillig mache, könne auch ein wenig nachgeholfen werden. Thomas M. Müller hat inzwischen Anzeige erstattet.

Die Früchte der Hartz-IV-Hetze

Deutschland hat es wirklich weit gebracht, wenn hier Menschen mit Behinderung anonym beleidigt und bedroht werden, nur weil sie Sozialhilfe beziehen und von ihrem Recht auf Wider-

spruch Gebrauch machen. Für das Menschenbild, das hinter diesen Diffamierungen steckt, trägt die Politik einen großen Teil der Verantwortung. Es sind die Clements mit ihren „Parasiten“-Vergleichen, die Westerwelles mit ihrem Geschwätz vom „faulen Arbeitslosen“, die Söders und die Sarrazins, die

mit ihrer Hetze auf Stammtischniveau solch ein Gedankengut wieder gesellschaftsfähig gemacht haben.

Hoffen wir, dass sich die Gesellschaft irgendwann auch als fähig erweist, sich dieser Brandstifter zu erinnern und sie zur Rechenschaft zu ziehen! (tgr)

Und in Köln?

Ihr habt ihn gewählt — Seht zu, wie Ihr damit zurecht kommt!

Bild: Jochen Lubig, Text auch!



Ab dem 02. September findet die Hartz-IV-Beratung der KEAs mittwochs von 11:00 bis 14:00 Uhr im Naturfreundehaus Köln-Kalk in der Kapellenstr. 9a statt. Die Haltestelle Kalk- Kapelle bleibt. Ihr müßt nur in die Strasse rechts von der Kalker Hauptstrasse einbiegen.